

Regulierung von Onlineplattformen

NGOs, Kirchen und Gewerkschaften wollen strengere Onlinegesetze

In einem Brief an Union und SPD fordert ein breites Bündnis mehr Härte gegen X, Facebook und andere digitale Plattformen. Die Demokratie sei in Gefahr.

Von Leon Kaessmann

4. März 2025, 5:24 Uhr



Appell an die Sondierer von Union und SPD: Die großen Onlineplattformen sollen stärker reguliert werden. © Ina Fassbender/AFP/Getty Images

X [<https://www.zeit.de/thema/x>], Facebook oder Instagram stärker regulieren – das fordert ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen. Mehr als 75 Organisationen wenden sich in einem offenen Brief an die Spitzen von Union und SPD und fordern anlässlich der Sondierungsgespräche eine umfassendere Regulierung der großen Plattformen.

Gerichtet ist der Brief an CDU-Chef Friedrich Merz, den voraussichtlich nächsten Bundeskanzler, CSU-Chef Markus Söder und Lars Klingbeil, den Co-Vorsitzenden der SPD [<https://www.zeit.de/thema/spd>]. Die Onlinedienste förderten Extremismus, kritisieren

die Verbände. "Digitale Plattformen sollten nicht länger so programmiert sein, dass sie massiv Diskurse beeinflussen und Gesellschaften spalten", sagt Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch. Derzeit stärkten sie antidemokratische Kräfte.

Die Organisationen kritisieren vor allem das Geschäftsmodell großer Onlineplattformen, da die meisten Dienste nur scheinbar kostenfrei seien und sich durch die Weitergabe persönlicher Daten finanzierten. "Die Algorithmen der Plattformen sind intransparent und wirken oft tendenziös", sagt etwa Frank Werneke, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Plattformen wie X gefährdeten unabhängigen Journalismus und damit freie Meinungs- und Willensbildung. "Es braucht einen Neustart, die Monopolanbieter haben versagt."

Gefährdung der digitalen Souveränität Europas

Digitale Medien ermöglichten eine offene, gleichberechtigte Kommunikation von Menschen, die sich nicht direkt begegnen können, sagte Jan-Dirk Döhling vom Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die Freiheit im Netz brauche Regeln, die sich an der Menschenwürde und den Menschenrechten orientierten.

Die Macht chinesischer und US-amerikanischer Techkonzerne gefährde die digitale Souveränität Europas und der Länder des Globalen Südens, heißt es im Brief. "Ohne wirkungsvolle Regulierung der Plattformökonomie kann es keine faire Digitalisierung geben", sagte Sven Hilbig, Digitalexperte bei Brot für die Welt.

Die Unterzeichner des Briefs fordern von der nächsten Bundesregierung, dass zum einen bereits bestehende Regulierungen konsequenter umgesetzt werden. Dafür müssten die zuständigen Behörden auf Bundes- und EU-Ebene gut ausgestattet und durchsetzungsfähig sein. EU-Gesetze wie der Digital Services Act sollen aktuell unter anderem dafür sorgen, dass Anbieter wie Meta oder X illegale Inhalte oder Fake News entfernen müssen. Jedoch würden sie häufig nicht eingehalten.

Mehr gemeinwohlorientierte digitale Angebote

Zum anderen sollen regulatorische Lücken geschlossen werden. "Viele grundlegende Probleme digitaler Geschäftsmodelle sind weiter offen", sagte Michaela Schröder, Geschäftsbereichsleiterin Verbraucherpolitik beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Gängige Praktiken von Onlineplattformen wie tracking-basierte Werbung oder Sucht förderndes Design

sollten ersetzt werden. Diese Probleme müssten im Digital Fairness Act gelöst werden, einem geplanten Gesetz der EU-Kommission, das Verbraucherinnen und Verbraucher besser schützen soll.

Anruf an Alle

Leben Sie im Osten und haben nicht die AfD gewählt?



[<https://www.zeit.de/serie/anruf-an-alle>]

Wie verändert das Erstarken der AfD das Zusammenleben in Ihrem Wohnort? Was unternimmt die Zivilgesellschaft? Im Podcast Anruf an alle veröffentlichen wir Ihre Sprachnachrichten.



Sprachnachricht schicken [<https://wa.me/+494074305513>]

Datenschutz [<https://datenschutz.zeit.de/zon#freshdesk>]

Die neue Bundesregierung müsse sich außerdem für den Aufbau demokratisch kontrollierter und gemeinwohlorientierter digitaler Infrastruktur einsetzen. Das könne eine Chance für europäische Digitalunternehmen eröffnen. Projekte wie Wikipedia, OpenStreetMap oder Fediverse zeigten, dass das Internet auch anders funktionieren könne, sagte Franziska Heine, geschäftsführende Vorständin von Wikimedia Deutschland.